Ä95 Weil gutes Korn nicht vom Himmel fällt: Landwirtschaft

Antragsteller*in: Clemens Rostock (Lavo)

Text

In Zeile 689 einfügen:
Vierzig Jahre DDR-Agrarpolitik mit Zwangskollektivierung, rücksichtslosen Maßnahmen zur so genannten „Bodenverbesserung“ (Melioration) und Höchstertragskonzeption haben eine Landwirtschaft hervorgebracht, die beträchtlich an der Substanz des Landes zehrte. In den knapp dreißig Jahren danach hat sich in weiten Teilen des Landes an diesem Zustand wenig geändert. Die Fruchtbarkeit vieler Böden nimmt durch Übernutzung, Wind- und Wassererosion und Vernichtung der Bodenlebewesen ab und wird durch den Einsatz von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln nur kaschiert. Die Artenvielfalt in der offenen Kulturlandschaft nimmt dramatisch ab. Der „Brandenburger Weg“ in der Landwirtschaft bedeutet seit 1990 Verteidigung der konventionell wirtschaftenden Großbetriebe und Ausbau der industriellen Massentierhaltung. Der Ausbau des Ökolandbaus stagniert seit Jahren und nicht einmal der Bedarf des großen Bioabsatzmarktes Berlin an Obst und Gemüse wird durch Brandenburger Produkte befriedigt. Zeit für eine Umkehr.Wir stehen für eine in den Regionen verankerte Landwirtschaft, die nicht nur Lebensmittel produziert, sondern auch unsere Kulturlandschaft pflegt, die biologische Vielfalt fördert, die Tiere artgerecht hält und das Trinkwasser schützt und damit lebendige ländliche Räume erhält und gute Einkommen schafft.

Von Zeile 691 bis 692:
~~Wir Bündnisgrüne streben mittelfristig eine ökologische Landwirtschaft ohne Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an. Wir stehen für eine in den Regionen verankerte Landwirtschaft, die nicht nur Lebensmittel produziert, sondern auch unsere Kulturlandschaft pflegt, die biologische Vielfalt fördert, die Tiere artgerecht hält und das Trinkwasser schützt und damit lebendige ländliche Räume erhält und gute Einkommen schafft.~~Die intensive Landwirtschaft mit Monokulturen, Pestiziden und Überdüngung gehört zu den Hauptursachen für das Artensterben. Wir Bündnisgrüne streben mittelfristig eine ökologische Landwirtschaft ohne Pestizide und Kunstdünger für ganz Brandenburg an. Mit einem ambitionierten Reduktionsprogramm reduzieren wir den Einsatz von Ackergiften deutlich. Dazu bauen wir Beratung und Förderung für Alternativen beim Pflanzenschutz aus. In Naturschutz- und Wasserschutzgebieten schließen wir den Einsatz von Pestiziden aus. Die Förderung des Ökolandbaus, vielfältiger Fruchtfolgen und der Anlage von blütenreichen Ackerrainen und Heckenstrukturen stärken wir. Angesichts von mehr als 300 Mio € an Fördermitteln, die pro Jahr in Brandenburgs Landwirtschaft fließen, ist die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft keine Frage zusätzlicher Mittel, sondern eine der Umverteilung innerhalb des bisherigen Systems. Auf dem Weg in eine vollständig ökologische Landwirtschaft unterstützen wir auch konventionelle Betriebe, die in bewusster Abkehr vom Leitbild einer agroindustriellen Landwirtschaft auf ihren Bauernhöfen naturschonend wirtschaften. Alle Landesprogramme innerhalb der 2. Säule der EU-Agrarpolitik wollen wir an diesen Zielen ausrichten. Innerhalb der 1. Säule der EU-Agrarpolitik unterstützen wir die Einführung einer betriebsgrößenabhängigen Degression und einer Kappungsgrenze für die Flächenprämien bei 50.000 Euro. In Holdings zusammengefasste Betriebe gelten dabei als ein Betrieb. Zudem muss die gute fachliche Praxis des Landes Brandenburg nach verbindlichen ökologischen Kriterien überarbeitet werden: Diese soll Maßnahmen zum Schutz landwirtschaftlicher Böden und zum Erhalt und dem Aufbau von Bodenhumus vorgeben.

Agrogentechnik forciert den Pestizideinsatz und vernichtet Saatgutvielfalt. Wir wollen eine zu 100 Prozent gentechnikfreie Landwirtschaft. ~~Das Land muss die freiwilligen Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg zu gentechnikfreien Regionen unterstützen~~Darum wollen wir bundesweite Anbauverbote im Gentechnik-Gesetz ermöglichen und setzen uns dafür ein, dass alle Züchtungsmethoden, bei denen das Erbgut gezielt manipuliert und synthetische

Nukleinsäuren eingeführt werden, unter dem europäischen Gentechnikrecht geregelt werden. Auf Bundes- und EU-Ebene muss sich Brandenburg gegen Gesetze zur Zulassung und Vermarktung von gentechnisch verändertem Saatgut oder zum Patentschutz gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere einsetzen.Das Land muss zudem die freiwilligen Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Betrieben in Brandenburg zu gentechnikfreien Regionen unterstützen.

Begründung

vervollständigt plus kleinere Umstellungen